76. Jahrgang. Nr. 446 Mittwoch, 21. September 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25941
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle:
Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugspreise: Bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.90 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.90 Mk. einschließlich 56 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7 mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Sachsens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 20 mm breite Zeile 15 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. abz. Krisenabschlag II. Teil, Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Kalendarische Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Sturm & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1048 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Die einzige Dresdner Zeitung mit Morgen- und Abendausgabe

Hoover wünscht Deutschlands Mitarbeit

Keine Diskussion über europäische Fragen

Washington, 20. Sept. Präsident Hoover erklärte heute: „Was Pressemeldungen aus Paris über die deutsche Gleichberechtigungsfrage anlangt, so ist die Haltung der amerikanischen Regierung klar. Die einzige Frage, für die unser Land Interesse hat, ist eine schrittweise Einschränkung der Rüstungen auf der ganzen Welt. Wir gehören nicht zu den Unterzeichnermächten des Versailler Vertrages und daher auch nicht zu den Partnern der Bestimmungen über die deutsche Rüstungsbeschränkung. Dies ist einzig und allein eine europäische Frage. Die Vereinigten Staaten haben immer erklärt, daß sie in eine Diskussion darüber nicht eintreten. Es liegt uns daran, daß Deutschland sich weiterhin an der Abrüstungskonferenz beteiligt, die heute für die ganze Welt so erfolgversprechend ist, und seine Mitwirkung zur Erreichung dieses großen Zieles zur Verfügung stellt."

Italienische Kritik der englischen Note

Rom, 20. Sept. (Eigene Drahtmeldung.) Die Turiner „Stampa" nimmt in bemerkenswerter Schärfe gegen die englische Note zu der deutschen Gleichberechtigungsforderung Stellung. Ueber den Inhalt der englischen Note, so heißt es, braucht man sich nicht zu wundern, wenn man bedenkt, daß sie von dem gleichen Verfasser stammt, der damals den Satz geprägt habe, daß die guten Juristen selten auch gute Politiker wären. Die von dem englischen Außenminister Simon eingeschlagene Taktik kläre nicht die Atmosphäre und beschleunige auch nicht die schon viel zu lange aufgeschobene dringende Lösung in der deutschen Gleichberechtigungsfrage.

Um eine Aktion in Paris zu vermeiden, habe England eine gewaltige Empörung in Berlin provoziert.

Es komme jetzt darauf an, von Deutschland die Zustimmung zu einer Konvention zu erhalten, die eine Herabsetzung der Rüstungen auf ein Mindestmaß festlege. Um zu diesem Ergebnis zu kommen, müsse Frankreich ein Beispiel geben und seine bewaffnete Macht herabsetzen im Verhältnis nicht nur zur eigenen Sicherheit, sondern auch zur Sicherheit der anderen. Es sei die unnachgiebige Haltung Frankreichs, die Deutschland jetzt das moralische Recht auf Gleichheit des Rüstungsstandes gebe.

Geheimsitzung des Genfer Büros

Genf, 20. Sept. In der Geheimsitzung des engeren Büros der Abrüstungskonferenz ist, wie verlautet, vereinbart worden, daß Henderson in der am Mittwoch stattfindenden offiziellen Sitzung des Büros den Vorschlag machen wird,

zunächst keine Aussprache über das Fernbleiben Deutschlands

zu eröffnen. Der Präsident wird lediglich den Notenaustausch mit Deutschland dem Büro zur Kenntnis bringen. Dieser Entschluß wird hier dahin ausgelegt, daß zunächst Herriot, Simon, Neurath und Aloisi anläßlich der am Freitag beginnenden Ratstagung Gelegenheit zu direkter vertraulicher Aussprache gegeben werden soll. Von französischer Seite wird immer stärker in der Richtung gedrängt, über das deutsche Fernbleiben zur Tagesordnung überzugehen und die gesamten Arbeiten der Abrüstungskonferenz jetzt unabhängig von Deutschland weiterzuführen.

Der Londoner Havasvertreter will berichten können, daß die englische Regierung, um Deutschland eine moralische Genugtuung zu geben, daran denke, im Rahmen einer Abrüstungskonvention die militärische Ungleichheit, über die Deutschland sich beklage, zu beseitigen.

England plane die Ausarbeitung eines Abkommens,

das für eine bestimmte Periode, beispielsweise fünf Jahre, eine Rüstungsreduzierung vorsehe. Nach Ablauf dieser Zeit würde das Abkommen einer Reduktion unterzogen werden, damit unter Berücksichtigung der Verhältnisse weitere Reduzierungen vorgenommen werden könnten. Man weise darauf hin, daß man durch diese vorsichtige Methode etappenweise den gegenwärtigen Abstand zwischen dem Rüstungsniveau der Besiegten und der übrigen Mächte verringern würde. Voraussetzung für dieses Verfahren wäre jedoch, daß Deutschland wieder an der Abrüstungskonferenz teilnehme.

Der 6. November

Nachdem die von niemand gewollte Reichstagsauflösung Tatsache geworden war, entstand vor allem die Frage nach dem Termin der Neuwahlen. Verfassungsmäßig mußte sie spätestens 60 Tage nach der Auflösung des Reichstages stattfinden. Zunächst aber schwieg die Regierung über den Zeitpunkt. Es war lediglich das Wort des Reichsinnenministers bekannt geworden, Neuwahlen würden nur durchgeführt werden, wenn Ruhe und Ordnung gewährleistet erschienen. Die Folge war ein großes Rätselraten in der Oeffentlichkeit über die Frage, ob es überhaupt zu Neuwahlen käme. Aufgeregte Gerüchte wollten bereits wissen, daß die Regierung zum mindesten die Wahlen bis zum Frühjahr hinauszuschieben gedächte. Da der klare Wortlaut der Reichsverfassung aber keine Möglichkeit einer Verschiebung auch aus noch so guten Gründen vorsieht, hätte sich die Regierung bei jedem Versuch, den Wahltermin über die vorgeschriebene Frist von sechzig Tagen hinauszuzögern, einer Verletzung der Verfassung schuldig gemacht und dem Verdacht ausgesetzt, sie wolle den verfassungsmäßigen Boden verlassen. Mit der Bekanntgabe des Wahltermins für den 6. November ist all diesen Gerüchten ein für allemal der Boden entzogen worden. Reichspräsident und Regierung haben damit gegenüber allen Zweifeln bekundet, daß ihr Vorgehen gegen den Reichstag keineswegs die Einleitung einer „Revolution von oben" bedeute, daß sie sich vielmehr streng an den verfassungsmäßigen Weg halten werden. Deshalb hat die Reichsregierung auch die von vielen Seiten erwartete Aenderung des Wahlgesetzes vermieden. Es wird genau nach den bisherigen Richtlinien gewählt werden. Selbst das Wahlalter wird nicht heraufgesetzt, in erster Linie wohl deshalb, weil es in der Verfassung verankert ist, also nicht im Wege der Verordnung geändert werden kann. Aber auch diejenigen Bestimmungen des Wahlrechts, die auf dem Wege der einfachen Gesetzgebung geändert werden könnten und die gewisser Reformen bedürftig sind, sollen in Anbetracht der kurzen Zeit und um unnötige Beunruhigung zu vermeiden, unverändert bestehen bleiben. Ebensowenig ist ein neuer Burgfriede geplant. Der Wahlkampf kann sich also ungehindert über die ganze noch bestehende Frist von fast sieben Wochen erstrecken. Allerdings nimmt die Regierung an, daß er stärker nur in den letzten vierzehn Tagen in Erscheinung treten wird, weil die Parteien nach den vier Wahlkämpfen, die in diesem Jahre bereits in den meisten deutschen Staaten stattgefunden haben, nicht mehr über die Geldmittel für einen längeren und heftigen Kampf um die Gunst der Wähler verfügen.

Allgemein wird jetzt die Frage gestellt, was überhaupt der Sinn dieser Wahlen sein könnte. Die Regierung selbst kann sich nicht der Hoffnung hingeben, daß die Gegnerschaft des alten Reichstags, die 92 Prozent der Abgeordneten umfaßt, sich in eine Mehrheit zu ihren Gunsten verwandeln könnte. Denn es gab im alten Reichstag nur eine Fraktion, die hinter dem Kabinett in seiner heutigen Zusammensetzung stand. Das waren die Deutschnationalen. Nun ist es viel schwerer als bei den Reichstagswahlen vom 31. Juli, eine genaue Prognose für den diesmaligen Ausgang der Wahlen zu stellen. Aber allgemein herrscht die Ansicht vor, daß die Deutschnationalen schon infolge ihrer Stellung als einzige Regierungspartei eine Zunahme zu verzeichnen haben werden. Doch wird die Stärkung der Deutschnationalen sicher nicht in dem Grade erfolgen, daß sich dadurch allein die Stellung der Regierung gegenüber dem Parlament verbessern könnte. Der Sinn der Neuwahlen kann also nur darin liegen, daß sich die Möglichkeit eröffnet, die nationalsozialistischen Kräfte in die verantwortliche Politik einzuspannen und sie mit den anderen Teilen der nationalen Bewegung, parlamentarisch gesehen also mit den Deutschnationalen, auszusöhnen. Von der Notwendigkeit dieser Einschaltung der Nationalsozialisten in die verantwortliche Politik hat am letzten Sonntag auch das Zentralorgan der Zentrumspartei, die „Germania", gesprochen, und sie hat es der Regierung als eine schwere Unterlassung angekreidet, daß sie nicht alles getan habe, was zu einer Entspannung in diesem Sinne geführt hätte, weil nur so „die normalen Funktionen der politischen Gewalten in dem heute möglichen Ausmaß wiederhergestellt" werden könnten. Man kann dem nur zustimmen, muß sich aber doch die Gegenfrage erlauben, was denn das Zentrum, als es unter Brüning noch an der Macht war, getan hat, um diesen normalen Weg der Entspannung zu beschreiten. Damals haben sich die Nationalsozialisten wiederholt bereit gezeigt, in die Regierung einzutreten. Noch nach Harzburg haben sie dem Zentrum das Angebot gemacht, sich an einer Regierungsumbildung zu beteiligen, bei der für den Kanzlerposten eine neutrale Persönlichkeit genannt wurde, während sich die Nationalsozialisten selbst im Interesse einer reibungslosen Zusammenarbeit mit wenigen Ministerien begnügen wollten. Das jetzt so vernünftige Zentrum und sein geistiger Führer Brüning haben hochmütig abgelehnt.

Die Berliner Konferenz der Finanzminister

Ein Sparausschuß eingesetzt

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 20. Sept. Die Konferenz der Finanzminister der deutschen Länder, die heute unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers, des Grafen Schwerin v. Krosigk, im Reichsfinanzministerium stattfand, diente im wesentlichen einer eingehenden Aussprache über alle Finanzprobleme, ohne daß jedoch besondere Beschlüsse gefaßt wurden. Sachsen war durch den Finanzminister Dr. Hedrich und den Ministerialdirektor Hörig sowie den Ministerialrat Royß von der Berliner Vertretung Sachsens vertreten. Der Reichsfinanzminister gab einleitend einen

Ueberblick über die wirtschaftlichen Pläne der Regierung,

wobei insbesondere das Arbeitsbeschaffungsprogramm eingehend dargestellt wurde. In der sich anschließenden Aussprache wurde seitens der Vertreter der Länder dargelegt, daß durch das Absinken der Umsatz- und Einkommensteuer sich die Finanzlage der Länder erheblich verschlechtert habe, so daß man vielfach nicht wisse, wie die entstandenen Defizite zu decken seien. Der Reichsfinanzminister erkannte an, daß die Länder alles, was in ihren Kräften stehe, getan haben, um ihre Etats im Gleichgewicht zu halten,

daß aber das Reich angesichts der Finanzlage, in der es sich selbst befinde, außerstande sei, eine ausreichende Unterstützung gewähren zu können.

Der Reichsfinanzminister wies u. a. auch darauf hin, daß der Schuldentilgungsfonds, der in Höhe von 420 Millionen Mark in den Reichsetat eingestellt ist, so gut wie aufgezehrt sei, nachdem die für frühere Kredite an das amerikanische Bankhaus Lee Higgins abzuführenden Summen in Höhe von 120 Millionen gezahlt worden seien. Die weiteren Ausführungen des Reichsfinanzministers ließen erkennen, daß das Reich nicht daran denke, die die Wirtschaft belastenden Steuern zu erhöhen oder in neuen Formen zur Einführung zu bringen. Da, wie gesagt, der Finanzminister in der praktischen Hilfeleistung nichts zusagen konnte,

wurde seitens der Ländervertreter angekündigt, daß dann eben nichts weiter übrig bleibe, als die Sach- und Personalausgaben weiter zu senken.

Besonders eingehend wurde auch die Lage der Gemeinden besprochen, die infolge der immer noch steigenden Wohlfahrtsausgaben immer drückender wird. Sinkende Einnahmen stehen steigenden Ausgaben gegenüber, so daß nichts weiter übrig bleibt, als nach Möglichkeiten weiterer Einsparungen zu suchen.

Zu diesem Zweck wurde beschlossen, einen kleineren Ausschuß einzusetzen, der aus einem Vertreter des Reichsfinanzministeriums und sieben Vertretern der Finanzministerien der Länder bestehen soll.

Es ist bemerkenswert, daß die Länder, während sie früher vom Reich doch nur mehr gutachtlich herangezogen wurden, in diesem Gremium zum erstenmal praktisch an der Ausarbeitung von Maßnahmen für die verschiedenen Verwaltungsgebiete beteiligt werden. Das ist ein Fortschritt, der nach Auffassung politischer Kreise gerade vom Standpunkt der Länder aus lebhaft zu begrüßen ist. — Der Ausschuß ist im Laufe des Nachmittags bereits zu einer ersten Sitzung zusammengekommen, um zunächst den Aufgabenkreis festzulegen, in dem sich die Untersuchungen und die Vorschläge bewegen sollen, zu denen man zu gelangen hofft.

Angeregt wurde in der Konferenz, bei den Justizverwaltungen nochmals nachzuprüfen, ob sich hier größere Einsparungsmöglichkeiten ergeben könnten. Seitens der Länder wurde dies aber angesichts der schon vorgenommenen Einsparungen als ziemlich schwierig bezeichnet. Was die Personalausgaben angeht, so war man der Auffassung, weitere Gehaltskürzungen, wenn nur irgend möglich, zu vermeiden und sich mit einer Verschiebung der Gehaltszahlungstermine, sowie mit einem Abbau etwa noch vorhandener überhöhter Gehälter zu begnügen.

Was Sachsen angeht,

so hat der Finanzminister Dr. Hedrich mit Nachdruck nochmals eine Vereinigung des Eisenbahnkonflikts gefordert, der bekanntlich schon den Staatsgerichtshof beschäftigt. Weiter haben die sächsischen Vertreter mit Rücksicht auf die besondere Notlage Sachsens darum gebeten, daß bei Verteilung der aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm sich ergebenden Aufträge Sachsen namentlich auch im Hinblick auf seinen industriellen Charakter besonders berücksichtigt wird. Nach dem Abschluß der Konferenz verließen die sächsischen Herren noch am Dienstagabend Berlin, um nach Dresden zurückzukehren.